



Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages
Obfrau der FDP-Bundestagsfraktion im Ausschuss
für Umwelt, Naturschutz & Reaktorsicherheit

Angelika Brunkhorst, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Väteraufbruch für Kinder e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Herrn Rainer Sonnenberger
Palmental 3
99817 Eisenach

per Email an moderatoren@vaeterpolitik.de

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 74 602
Fax: (030) 227 76 622
E-Mail: angelika.brunkhorst@bundestag.de

Wahlkreis

Sonnenstraße 1
27793 Wildeshausen
Tel: (04431) 93 17 04
Fax: (04431) 93 17 05
E-Mail: angelika.brunkhorst@wk.bundestag.de

www.angelika-brunkhorst.de

Berlin, 21. September 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihren Fragen im Wahlcheck Väterpolitik möchte ich Folgendes ergänzend hinzufügen:

1. Wäre es für die Entwicklung von Kindern besser, wenn sich ihre Väter stärker als bisher an ihrer Erziehung und Betreuung beteiligen würden?

Viele Kinder wünschen sich mehr Zeit mit ihren Eltern. Das gleiche gilt umgekehrt für Mütter und Väter. Sie müssen die Freiheit haben, Familienleben und Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Väter sollten ermuntert werden, sich mehr Zeit für die Familie zu nehmen, denn Kinder brauchen grundsätzlich beide Elternteile.

2. Sollten Kinder ein grundgesetzlich verankertes Recht auf Erziehung durch ihre beiden Eltern erhalten?

Kinder brauchen grundsätzlich Vater und Mutter. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Dies ist bereits in Art. 6 Abs. 2 Grundgesetz verfassungsrechtlich verankert.

3. Soll in Deutschland – so wie europaweit Standard – das gemeinsame Sorgerecht auch für nicht miteinander verheiratete Eltern ab Geburt ihre Kindes bzw. ab Vaterschaftsanerkennung eingeführt werden?

Ein gemeinsames Sorgerecht bei nicht verheirateten Paaren sollte möglichst nach der Geburt des Kindes angestrebt werden; dem Vater soll nach Ansicht der FDP im Einzelfall eine gerichtliche Entscheidung zur Erlangung des gemeinsamen Sorgerechts offenstehen, wenn dies dem Kindeswohl entspricht.



Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages

4. Eltern müssen ihre Arbeit in der Familie, insbesondere die Kinderbetreuung, mit ihrer Arbeit im Beruf in Einklang bringen. Welche Arbeitsteilung der Eltern werden sie künftig unterstützen?

Ein liberaler Staat setzt familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen durch eine familienfreundliche Kultur und Infrastruktur sowie eine familiengerechte Arbeitswelt, die eine Entscheidung für Kinder durch eine echte Wahlfreiheit ermöglichen. Die FDP setzt sich für eine echte Wahlfreiheit von Eltern ein. Für Liberale ist es nicht Aufgabe des Staates, Lebensentwürfe von Menschen zu bewerten. Eltern müssen Familien- und Erwerbsarbeit selbst organisieren und entscheiden, wer von Ihnen die Familienarbeit übernimmt bzw. wie die Familienarbeit aufgeteilt wird. Wahlfreiheit erfordert aber auch ein ausreichendes Angebot an qualitativ hochwertiger Betreuung von Kindern; vor diesem Hintergrund hat sich die FDP mit ihrem "Sofort-Programm für mehr Kinderbetreuung" für den sofortigen und schnellen Ausbau von qualitativ hochwertigen Angeboten der Kindertagesbetreuung ausgesprochen, einbezogen werden sollen auch privatwirtschaftliche Einrichtungen.

5. 90 % aller kinderlosen jungen Männer möchten Vater werden und mehr Zeit als derzeit üblich mit ihren Kindern verbringen. Welche Art der Förderung von Vätern durch die Politik befürworten Sie?

Die FDP befürwortet die Gleichstellungsstrategie des Gender Mainstreaming. Die FDP hat darüber hinaus auch die speziell mit der Rolle von Männern und Jungen verbundenen Fragen gesehen und daher im November 2008 eine Kleine Anfrage zu den Bildungs- und Entwicklungschancen von Jungen eingereicht (BT-Drs. 16/10976 und 16/11380). Vor einer Entscheidung über eine bestimmte Art der Förderung von Vätern oder auch Jungen müssen zunächst alle Studien ausgewertet werden, um auf dieser Grundlage sinnvolle und effiziente Entscheidungen treffen zu können. Dies ist auch eine Aufgabe der nächsten Legislaturperiode.

6. Eine Politik, die Väter stärker in die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder einbindet, ... (gleicht den Mangel an männlichen Vorbildern in Kitas und Schulen aus, schützt Kinder besser vor Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung, beschleunigt den beruflichen Wiedereinstieg von Müttern, mindert die Armut in Familien, fördert den Zusammenhalt der Familie, hat keine der genannten Auswirkungen)?

Hier wird auf die Ausführungen zu Frage 5 verwiesen. Kinder brauchen grundsätzlich beide Elternteile und es ist insbesondere zu prüfen, welche Auswirkungen das Fehlen von männlichen Vorbildern in Kindertagesstätten und Grundschulen sich für die Entwicklung von Jungen ergeben und wie dem ggf. unter Einbindung der Väter entgegen gewirkt werden kann.

7. Kann eine gezielte Väterpolitik die Gleichstellung von Frauen mit Männern im Beruf beschleunigen?

Die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben ist differenziert zu betrachten. Ein Problem ist etwa die Entgeltgleichheit. Obwohl mittlerweile 59 Prozent der Hochschulabsolventen Frauen sind, lag der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen bundesweit 2007 bei 23 Prozent. Trotz höherer Schulabschlüsse und fachliche hervorragender Ausbildung insbesondere junger Frauen ist die Teilzeitquote der abhängig erwerbstätigen Frauen von 1991 bis 2004 von 30,2 Prozent auf 42,1 Prozent angestiegen. Auch im öffentlichen Dienst finden sich Frauen nach wie vor häufiger in Beschäftigungsverhältnissen mit einem geringen Einkommen und schlechteren Karrieremöglichkeiten.



Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages

Geschlechtergerechtigkeit muss daher als Leitprinzip im öffentlichen Dienstrecht, dem insofern eine Vorbildfunktion zukommt, umgesetzt werden, um diskriminierungsfreie und familiengerechte Arbeitsverhältnisse auch im öffentlichen Dienst zu ermöglichen und Programme zu entwickeln, damit Teilzeitbeschäftigung für Männer selbstverständlich wird. Denn bisher hat das Gleichstellungsgesetz im öffentlichen Dienst nicht dazu geführt, dass Väter verstärkt Teilzeitangebote wahrgenommen haben. Die FDP setzt sich für Modelle für Teilzeitlösungen von Führungskräften ein, damit Teilzeitbeschäftigte nicht vom beruflichen Aufstieg ausgeschlossen werden. Jeder Vater hat wie jede Mutter die Möglichkeit, Kinderkrankentage, Elterngeld und Teilzeitarbeit in Anspruch zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages